

**Annoncen**  
Annahme-Bureau.  
In Bremen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Briesen,  
in Petersberg bei Ph. Matthias,  
in Wreschen bei J. Jädebohn.

**Annoncen**  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei G. F. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görkow  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 616.

Montag, 3. September.

1883.

**Amtliches.**

Berlin, 2. September. Der König hat den Pfarrer Friedrich Basta-Ludwig Göbel in Günthersdorf zum Superintendenten der Diözese Grünberg, Regierungsbezirk Liegnitz, und den Pfarrer Karl Ernst Otto Krebs in Herrnstadt zum Superintendenten der Diözese Gubrau-Herrnstadt, Regierungsbezirk Breslau, ernannt.

Der König hat dem Provinzial-Schulrat Dr. Anton Goebel zu Magdeburg den Charakter als Geheimer Regierungsrat verliehen und den Stadtrath und Kammerer Emil Drentmann zu Brieg, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Brieg für die gesetzliche sechsjährige Amtszeit bestätigt.

Der ordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Kiel, Dr. Theobald Fischer, ist in gleicher Eigenschaft an die Universität Marburg versetzt worden.

An dem Schullehrer-Seminar zu Kreuzburg ist der Präparanden-Lehrer Scheibe zu Oels als Hilfslehrer angestellt worden.

An dem Schullehrer-Seminar zu Karlsruhe ist der Lehrer Tunk von der Provinzial-Taubstummenanstalt zu Königsberg i. Pr. als Hilfslehrer angestellt worden.

**Deutscher Reichstag.**

Außerordentliche Session 1883.

5. Sitzung.

Berlin, 1. Septbr. Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Burchard, v. Schelling, Dr. Friedberg.

Präs. v. Leveson eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und giebt eine Übersicht über die seit der letzten Session beim Reichstage eingegangenen Liebesgaben für die Ueberwintern im Deutschen Land; der Gesamtbetrag derselben beläuft sich auf 1,755,342 Mark. Der Präsident lässt sich ermächtigen, den Dank des Reichstages hierfür auszusprechen, und bemerkt des Weiteren: Wenn man erwägt, welche Mittel aus den Sammlungen in Deutschland für die Ueberschwemmten zusammengesammelt sind, und hierzu die vom mir vereinabten Beträge rechnet, die von Deutschen in allen europäischen Ländern und den vier übrigen Welttheilen, vorsugsmässig aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika hierher geflossen sind, so wird man anerkennen, daß die Wohlthätigkeit sich den durch Ueberschwemmung Geschädigten in erfreulicher Weise angenommen hat. Ueber die Art der Vertheilung der Gaben wird ein gedruckter Bericht vertheilt werden.

Auf der Taferebung steht zunächst die dritte Berathung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reiche und Spanien.

Abg. Dr. Braun beantragt, dem v. Kardorff'schen, die Ausdehnung der Zollermächtigungen des deutsch-italienischen und des deutsch-spanischen Handelsvertrages betreffenden Antrag einen § 1 vorzulegen, welcher ausdrücklich ausspricht, daß dem Reichskanzler für die Bekanntmachung vom 9. August d. J. Indemnität ertheilt wird.

Abg. Gräf bedauert im Interesse Elsaß-Lothringens die Herabsetzung des Weinholzes in dem Vertrage.

Abg. Dr. Bamberger: Wenn der Antrag Kardorffs, betreffend die Ausdehnung der Zollermächtigungen durch königliche Verordnung in derselben Form wie gestern heute definitiv angenommen wird, so liegt die Gefahr nahe, daß er zu einer Kampfzollpolitik gebraucht werden kann, wo wir uns dessen gar nicht versehen. Wenn man den Antrag aufrechterhalten will, so würde es sich empfehlen, den Zusatz zu machen, daß solche Verordnungen dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Herr Senator Versmann erhob gestern Anklage gegen alle Diejenigen, welche sich der Hamburger Sprintrichter angenommen haben und ist überzeugt, durch den Abschluß des Vertrages an dem Vertrauen und der Liebe seiner Untertanen — hätte ich beinahe gesagt — nichts eingebüßt zu haben. Die Petition um Verwerfung des Vertrages ist nicht von bergelaufenen Leuten unterschrieben, sondern von angefessenen Firmen. Der Herr Senator suchte alle Einwendungen mit der Formel abzuweichen: Ich warne vor Uebertreibungen. Ich glaube, wenn man die Hamburger Regierung rechtzeitig augezogen hätte, so hätte sich die Spritklausel vermeiden lassen. Ich muß aber annehmen, daß die Hamburger Regierung nicht gefragt, sondern vor ein falt accompli gefestigt worden ist. Der Herr Senator war ja in der Sache einer der führenden Geister, er hat die diplomatischen Negociationen mit dem Fürsten Bismarck geleitet; vielleicht ist er jetzt doch zu dem Gedanken gekommen, daß er diesem nicht ganz gewachsen ist und sich mehr vorsehen müsse, wenn er wieder einmal mit ihm zu thun haben sollte. Wir kennen keinen Spiritus-patriotismus, wir wollen nur nicht die Protektion der Einen auf Kosten der Anderen, nicht blos im Sinne der Gerechtigkeit, sondern weil nach unserer Ansicht wirtschaftliche Schäden daraus entstehen. Es soll sich jeder redlich bemühen, sich auf anständige Weise zu ernähren; ob er das thut, indem er russischen oder deutschen Spiritus-rechtigt, macht ihn nicht edler, nicht tugendhafter und nicht patriotischer. — Was die Frage der Verordnung betrifft, so habe ich an meinem bei der ersten Lesung dargelegten Standpunkte nichts zu ändern. Ich habe nicht gesagt, daß die Herren mit Bewußtsein Unrecht begangen haben, aber sie haben die Sache auf die leichte Achsel genommen. Die Indemnität darf nicht in unvollkommen Form, sondern muß in der gesetzlichen Weise gegeben werden. Unter dem Regime Delbrück's sind derartige Vermürrungen nicht vorgekommen. Die ganze Situation kommt eben daher, daß die ganze Wirtschafts- und Handelspolitik nicht mehr aus rein sachlichen Gründen, sondern nach politischen und diplomatischen Motiven geführt wird. Deshalb fehlt unbewußt und ohne Volus der Ernst der Sachlichkeit. Wir werden diesen Vertrag schließlich gutheißen, ohne Enthusiasmus. Für mich ist kein Zweifel, alle diese Nachtheile und Unvollkommenheiten datieren von dem Tage, wo der Fürst Bismarck — nicht blos ein Schuster, sondern auch ein Reichskanzler hat einen Leisten, über den er nicht hinausgehen darf — Handelsminister geworden ist. (Beifall links.)

Abg. v. Böllmar (Sozialdemokrat) motiviert die Abstimmung seiner Partei. Dieselbe sehe in dem Vertrage einen der gewohnten Angriff auf das Parlament, die Verkörperung der Volksouveränität. Dem Vertrage zwischen dem Reiche und Hamburg habe seine Partei nicht zugestimmt, sie würde sich aber des Vertragsschusses mitschuldig zu machen glauben, wenn sie um der einzelnen Vortheile des spanischen Handelsvertrags willen diesem zustimmen wollte. Es sei hier die schönste Gelegenheit, dem Auslande zu zeigen, daß die Regierung den

Reichstag nötig habe, ohne ihn nichts machen könne. Dem gegenüber können die Handelsvortheile nicht in's Gewicht fallen, die sich ja immer noch erreichen lassen und mit den konstitutionellen Nachtheilen zutheuer erfaust wären. Man müßt hier einmal der Regierung eine Letzton geben. Uebrigens hoffe er, daß dieser Vertrag nicht lange in Geltung, sondern bald durch einen besseren, mit der spanischen Republik abgeschlossenen Vertrag ersetzt werden möge.

Abg. v. Kardorff: Der Herr Vorredner meint, daß die wirtschafts- und handelspolitische Thätigkeit von den verhängnisvollen Folgen für das Vaterland gewesen, weil die selbstbewußte konsequente Politik des Herrn Delbrück verlassen worden. Zu des Letzteren Anhängern gehöre ich nicht, habe aber seine Verdienste, die er in vielen Beziehungen hat, niemals verkannt. Aber ich glaube, wenn die Nachwelt einmal unbirrt durch die Leidenschaft der gegenwärtigen Parteivertheidigung über die wirtschaftliche Thätigkeit des Fürsten Bismarck urtheilen wird, so wird man unter den mannigfachen Verdiensten, die sich der große Staatsmann um das Vaterland erworben, auch das als hohes Verdienst anrechnen, daß er mit seiner großer Energie und dem gesunden Menschenverstand, der ihn so hervorragend charakterisiert, es verstanden hat, aus den falschen Bahnen unserer früheren Wirtschaftspolitik herauszulienten. (Bravo! rechts.) Unser Vaterland wird es ihm immer danken, daß er es verstanden hat, die Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstandes Deutschlands wieder in diejenigen ruhigen, gesicherten Bahnen zu lenken, die wir unter Delbrück leider verlassen hatten. Gerade dieser Handelsvertrag hätte keinen Anlaß zu einer solchen Kritik, wie Herr Bamberger sie geübt hat, bieten sollen; denn in dem Abschluß derselben wird das ganze Land ein neues Zeichen für die Fürsorge und energische Thätigkeit erblicken, welche der Fürst Reichskanzler dem wirtschaftlichen Wohle des Landes widmet, und wofür man ihm dankbar sein muß. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode wendet sich gegen den Abg. v. Böllmar, indem er hervorhebt, daß gerade die Arbeiter ein lebhaftes Interesse an der Regelung der Export- und Import-Verhältnisse haben. Auf die Ausführungen des Abg. Bamberger eingehend macht der Redner auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die dem Vertrage mit Spanien im Wege standen. Und was die Politik der Freihändler betrifft, so habe gerade auf dem Gebiete der Handelsverträge die Politik des Herrn Delbrück Schiffbruch gelitten. Den Bemerkungen des Abg. Bamberger über den Fürsten Bismarck als Handelsminister gegenüber meint der Redner, daß man sich freuen müsse, daß der Fürst Bismarck endlich mit so fester Hand eingegriffen habe. Er erinnert nur an Königsberg und Grünberg, das werde man wohl verstehen. Und was Bamberger's Gleichnis mit dem Leisten betreffe, so habe dieser noch keineswegs gezeigt, daß er sich gerade als Oberschuster qualifiziere.

Abg. Rittinghausen (Sozialdemokrat) erklärt, daß er abweichen von seiner Partei für den Handelsvertrag stimmen werde.

Abg. Richter (Hagen): Der Vertrag als solcher hat gar nichts mit der vom Abg. v. Böllmar angeregten Rechtsfrage zu thun und wir werden den Antrag genehmigen, während wir die Indemnität verwerfen müssen. Weil bei der provisorischen Inkraftsetzung des Vertrages nicht korrekt verfahren ist, können wir die Interessen der großen dabei beteiligten Kreise nicht blühen lassen. Den Bemerkungen des Abg. v. Böllmar, wegen der Dauer des Vertrages erwider ich, daß es sehr die Frage ist, ob die etwaige von ihm gewünschte spanische Republik mehr von uns kaufen würde als die königliche Spanier. Also, wir erkennen den Vertrag als solchen vollständig an, wie wir überhaupt das, was der Reichskanzler wirklich geschaffen hat, stets anerkannt haben. Wir werden uns aber stets dagegen stemmen, wo er verfassungswidrig vorgeht. Das ist hier der Fall, wie in den sechzig Jahren. (Widerspruch.) Ja, meine Herren, der Verfassungsbuch von damals war durchaus nicht nothwendig, das hat ja auch der Herr Reichskanzler selbst durch die nachträglich verlangte Indemnität anerkannt. In Bezug auf das dem Herrn Reichskanzler wegen seiner Wirtschaftspolitik gependete Lob, bin ich der Meinung, daß ihn alle diese seit 1879 geschehenen Dinge nicht überleben werden. Wenn er einst einen Nachfolger erhalten wird, dann wird es sich herausstellen, daß die große Masse des deutschen Volkes sich im Widerspruch mit dem Reichskanzler befindet. — Ich hätte nicht gedacht, daß Herr von Minnigerode auf die Verhältnisse vor 1880 zurückkommen würde. Damals hatten wir nach seiner Meinung einen geringeren Export, das habe sich jetzt sehr geändert. Man weiß ja doch, daß wir über den Export erst seit 1880 eine Statistik besitzen. Sie werden finden, daß Export und Import in doppelter Wechselbeziehung stehen, und daß die Verhältnisse so unsicher wie jetzt noch niemals gewesen sind. (Zuruf rechts: seit drei Jahren!) Ja, jetzt werden Sie nicht einmal drei Jahre. Jetzt werden Änderungen über Aenderungen eingeführt. Durchaus geht für mich hervor, daß es entweder nicht richtig ist, was Sie damals gesagt haben, oder Sie opfern jetzt die eine Industrie wegen anderer Interessen auf. Was jetzt z. B. dem Körzoll passirt wird, wird auch später anderen Zöllen passiren. Es ist dabei besonders der Branntwein nicht zu vergessen. Ja ich behaupte, wir treiben im Großen und Ganzen eine Schnapspolitik. Je nachdem der Schnaps den großen Brennereien Vortheile oder Nachtheile bringt, wird Schutz-Zoll oder Freihandel getrieben. Und was man nicht durch Zolltarife machen kann, sucht man durch den Eisenbahntarif zu bewirken.

Abg. Sonnenmann: Wir werden gegen jeden Indemnitäts-Antrag, aber für den Handelsvertrag stimmen. Denn jeder weiß, welch eine große Bedeutung gerade dieser Handelsvertrag für Deutschland hat. Gerade in den letzten fünf Jahren hat unsere Industrie in Spanien außerordentliche Anstrengungen gemacht und dort die Franzosen verdrängt. Ich muß noch einmal auf die Spritklausel zurückholen und wiederholen, daß Spanien nicht auf dieselbe gedrängt hat. Dies geht schon aus der Vorlage selbst hervor, wo allein bei dieser Klausel gesagt wird, daß sie nicht auf Wunsch Spaniens, sondern nach Übereinkunft der beiden Regierungen zu Stande gekommen ist. Wenn dadurch die Interessen Hamburgs geschädigt werden, so fällt dafür die Verantwortlichkeit allein der Reichsregierung zu. Sodann muß ich jedoch bemerken, daß ich in diesem Vertrage eine besondere Leistung des Herrn Reichskanzlers nicht erkennen kann. Denn mehrere andere Länder sind uns mit dem Abschluß von Verträgen mit Spanien zuvor gekommen. Betreffs der Indemnität erläutre ich nochmals, daß ich das von der Regierung eingeschlagene Verfahren für eine Geringsschätzung und Demütigung des Reichstages halte, und daß dies durch eine nachträglich ertheilte Indemnität nicht wieder gut gemacht werden kann.

Staatssekretär v. Burchard wendet sich gegen einzelne Ausschaffungen der Vorredner betreffs der Zollermächtigungen, vertheidigt sich gegen den Vorwurf, daß eine Verwirrung der Reichsregierung ein-

getreten sei und bemerkt dem Abg. Richter gegenüber, daß derselbe die Bedeutung der Statistik übertrieben habe. Was die Dauer des Vertrages betrifft, so habe Spanien nicht über einen Zeitraum von vier Jahren hinausgehen wollen.

Abg. Windthorst: Der Vertrag, wie er einmal liegt, muß angenommen werden, wenn auch schwere Bedenken gegen Einzelheiten ausgesprochen werden können. Ich will nur konstatiren, daß der Vertrag durchaus von dem 1879 angenommenen Prinzip abweicht. Wenn wir noch viele solche Verträge abschließen, so werden wir bald die früheren Zeiten des Freihandels wieder herbeiführen. Was den in den Debatten angeschlagenen Ton betrifft, so kann ich nur bedauern, daß so viel persönliche Beziehungen zur Sprache gebracht werden. Ich habe mich stets bemüht, die Maßregeln der Männer zu kritisieren, aber nicht die Personen, ich habe objektive und nicht subjektive Kritik geübt. Bei unseren Erörterungen muß man sich zunächst fragen, wie denn eigentlich die Dinge gekommen sind. Der Gang zum absoluten Freihandel ist gemacht worden von der gesamten Staatsregierung und den Liberalen. Wir sind die Ersten gewesen, die dagegen aufgetreten sind. Was die Gesetzmäßigkeit des Vorgehens der Regierung betrifft, so ist es keine Frage, daß der Vertrag gleich von Anfang an hätte dem Reichstag vorgelegt werden müssen. Aber ich nehme an, daß es keineswegs die Absicht der Regierung gewesen ist, den Reichstag zu verlegen. Man hat geglaubt, es ginge ohne die sofortige Vorlegung. Das war ein Irrthum. Die Regierung hat nun ihren Irrthum eingestanden, was wollen wir also noch mehr? Dem Herrn Abg. v. Böllmar gegenüber hoffe ich, daß die Monarchie in Spanien stark genug sein wird, die republikanischen Aufstände niederzuschlagen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode erklärt seine volle Zustimmung zu den Worten des Vorredners und vertheidigt gegen den Abgeordneten Richter die seitherige Wirtschaftspolitik. Er wünscht dann noch am Schluss, daß der Vertrag heut am Sedantage angenommen würde. (Zurufe: morgen ist die Schlacht gewesen. Sedantag.) Nein, heut am 1. September haben unsere tapferen Truppen den ruhmwürdigen Sieg erfochten.

Abg. Dr. Braun rechtfertigt den von ihm und Dr. Meyer eingebrachten Antrag und geht näher auf die Entstehung derselben ein. Es war die Absicht der Antragsteller, daß, nachdem die Indemnität tatsächlich ertheilt worden ist, derselben diejenige Form gegeben werde, welche verbietet, daß aus dem diesmaligen Verfahren der Regierung ein Prädikat für die Zukunft gefolgt werden könnte.

Staatssekretär v. Bötticher glaubt Namens der Regierung die Erklärung abgeben zu können, daß die Regierung, wenn sie auch die Indemnität nach Maßgabe der Vorlage lieber gegeben hätte, daß auch mit derselben in Form eines Gesetzes, wie es der vorliegende Antrag verlangt, einverstanden sei.

Abg. Richter: Wir stimmen gegen jede Indemnität, in welcher Form sie auch gegeben werde. Herrn von Minnigerode erwidere, daß mag der Schlag am 1. oder 2. September gewesen sein, doch die Kämpfe, die wir hier führen, mit jenen nichts gemein haben. Aber ich glaube, daß, wenn es wieder ähnliche Ereignisse wie damals eintreten sollten, sich wieder alle Kräfte der Nation ohne Unterschied der Partei sammeln würden und die Armee dann ebenso wieder ihre Pflicht zu thun würde, wie wir auch hier an unserer Stelle unsere Pflicht zu erfüllen haben. Dem Abgeordneten von Windthorst erwidere ich, daß der Reichstag durchaus nicht in der Zwangslage ist, die erlassene Bekanntmachung betreffs der vorzeitigen Einführung der Zollermächtigungen annehmen zu müssen. Denn wenn wir derselben nicht genehmigen würden, so müßte eine Nachzahlung der Zölle eintreten; und soweit dieselbe nicht einzutreiben wäre, würden die Minister dafür verantwortlich gemacht werden müssen. Ich wundere mich, daß die Partei des Herrn Windthorst, die sich die Verfassung doch sonst immer so angelebt sein läßt, es diesmal so leicht nimmt. Dann hat Herr Windthorst gesagt, man solle die Maßregeln bekämpfen, aber nicht die Personen. Nun, davon habe ich früher bei seinen Freunden nichts gespürt. Wir bekämpfen nicht die Personen, sondern die Gesamtheit der Politik, die von einer bestimmten Person vertreten wird. Wenn man auf die Sünden der Freihändler zurückgehen will, so notire man doch auch, daß Herr Windthorst im Jahre 1873 mitgeboren hat, die Eisenzölle aufzuheben, wogegen wir, als zu weit gehend, gestimmt haben.

Abg. Kardorff nimmt Veranlassung, auf daß Zusammengehen der Fortschrittspartei mit den Sozialdemokraten in der Indemnitätsfrage aufmerksam zu machen, indem er es für nötig hält, dies hier vor dem ganzen Lande zu konstatiren.

Abg. Meyer (Jena) vertheidigt seinen Antrag gegen den Vorwurf, daß er und die übrigen Antragsteller es sich bei Abschaffung derselben zu leicht gemacht hätten. Die Antragsteller hätten gewiß schwere Bedenken gegen das Verfahren der Regierung gehabt, doch hielten sie den Reichstag nicht für berechtigt, die Indemnität zu verzögern und hielten zur Erteilung der Indemnität die von ihnen vorgeschlagene Form für die korrekte.

Abg. Freiherr von Malzahn-Güllk erläutert Namens seiner Freunde, daß das bei Inkrafttreten des Vertrages eingehaltene Verfahren nach ihrer Ansicht zwar sich als Ausnahme charakteristisch, aber durch das Interesse des Landes dringend geboten gewesen sei und sich nicht als abstoßendes Umgehen der Gesetze darstellte. Redner empfiehlt schließlich ebenfalls den von Abg. Meyer (Jena) und Genossen eingebrachten Antrag, dahin gehend, dem Kardorff'schen Gesetzentwurf, betreffend die Verallgemeinerung der Zollermächtigungen, folgende Bestimmung hinzuzufügen: „Die auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen kaiserlichen Verordnungen sind dem Reichstag, sofern er verfassungsgemäß ist, sofort, andernfalls bei dessen nächstem Zusammentreffen zur Genehmigung vorzulegen. Dieselben sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Genehmigung nicht ertheilt. Nach erfolgter Genehmigung durch den Reichstag kann die Aufhebung oder Änderung derselben nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen.“

Abg. Windthorst entgegnet dem Abg. Richter, wenn er Personen angegriffen habe, so habe er sie nur wegen ihrer objektiven Anfichten angegriffen. Herr Richter habe sich mit sich selbst in Widerspruch gesetzt, indem er 1873 den Antrag auf Aufhebung der Eisenzölle nicht unterstützt, später aber bei den Zolltarifverhandlungen die Eisenzölle nicht gewollt habe.

Abg. Richter (Hagen): Ich möchte wissen, ob Herr Windthorst, als er von den Ministern als den Kommiss des Fürsten Bismarck sprach, dies objektiv oder subjektiv gemeint hat. (Heiterkeit.) So groß ist von uns noch niemals einer zu einem Minister gewesen, wie damals die Zentrumspartei. — Herr v. Kardorff schien die Fortschrittspartei den Spiritusbrennern besonders empfehlen zu wollen. Ich be-

haupt, daß der Kartoffelspiritus besondere Berücksichtigung in unserer Wirtschaftspolitik gefunden hat und zwar eine Form der Berücksichtigung, welche den kleinen Brennern und Grundbesitzern des Westens zu großem Schaden gereicht, zum Vortheil einiger hundert großer Brenner im Osten. Ferner glaubte Herr von Kardorff uns einen besonderen Stich zu versetzen, wenn er die Fortschrittspartei mit den Sozialdemokraten zusammenstellte. Es wurde aber von offizieller Seite zu oft erklärt, die Sozialisten haben viele berechtigte Anschauungen, dieser guten Kern muß die Regierung unterstützen. Wenn wir diese alle Tage amtlich hören, so macht die Verbindung mit den Sozialisten Niemand mehr gräulich, um so weniger, wenn wir die Oberpräsidenten von Breslau und Kiel bemüht seien, gegen die Fortschrittspartei einen Sozialisten in den Reichstag zu bringen. Das kann uns nicht abhalten, zu thun, was wir für richtig und konsequent halten.

Die Debatte wird geschlossen, und in die Spezialberatung eingetreten. Die Artikel I—VIII begegnen keinem Widerspruch.

Bei Art. IX empfiehlt Abg. Meyer (Halle) seine Resolution, dahin gehend: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in der nächsten Session eine Vorlage betreffend die Ermäßigung des Zolles auf Cacao in Bahnen zu machen, und wendet sich sodann gegen dieselben Petitionen, welche eine Zollrestitution fordern.

Staatssekretär v. Burchard erklärt sich gegen den Antrag, da ein Missverhältnis zwischen dem Cacao- und dem Chokoladenzoll nicht besthebe.

Eine weitere Diskussion erhebt sich nicht. Das Haus genehmigt den Vertrag im Einzelnen wie im Ganzen, ebenso das Schlusprotokoll und die beiden Tarife, lehnt die auf die Spiritusklause bezügliche Resolution Kapp ab, nimmt den oben erwähnten Antrag Meyer (Halle) an, überweist die auf die Zollermäßigung der Corinthen- und Rossinen-Einführung bezüglichen Petitionen auf Antrag Reichenberger (Krefeld) und Hammacher der Reichsregierung zur Erwägung und erklärt die übrigen zu diesem Beratungsgegenstande eingegangenen Petitionen durch die gesetzten Beschlüsse für erledigt.

Die dementsprechend auf der Tagesordnung stehende internationale Fischerei-Konvention nebst Ausführungsgesetz wird in dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des von dem Abg. v. Kardorff eingereichten Gesetzentwurfs, welcher gestern in zweiter Lesung in folgender Fassung angenommen worden ist:

Durch kaiserliche Verordnung nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats kann angeordnet werden, daß die Zollermäßigungen, welche in dem Tarif A zu dem Handels- und Schiffahrtsvertrage zwischen dem deutschen Reiche und Italien vom 4. Mai 1883 und in dem Tarif A zu dem Handels- und Schiffahrtsvertrage zwischen dem deutschen Reiche und Spanien vom 12. Juli 1883 enthalten sind, auch solchen Staaten gegenüber Anwendung finden, welche einen vertragsmäßigen Anspruch auf diese Ermäßigungen nicht haben.

Nach unerheblicher Debatte wird der Entwurf angenommen mit der von dem Abg. Braun vorgeschlagenen Ueberschrift, welche ihn ausdrücklich als Indemnität bezeichnet und nach Voransetzung des folgenden Paragraphen:

Dem Reichskanzler wird für die durch die in der Anlage abgedruckte Bekanntmachung vom 9. August 1883 erfolgten Anordnungen von Zollermäßigungen Indemnität ertheilt.

Den letzten Gegenstand bildet die Berathung der Darlegung über die Anordnungen, welche von der königlich sächsischen Regierung auf Grund des § 28 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeinschaftlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie unter dem 22. Juli 1883 mit Genehmigung des Bundesrats getroffen worden sind. (Abermalige Verlängerung des Belagerungszustandes über Leipzig auf ein ferneres Jahr.)

Abg. v. Böllmar: Meine Herren, die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in diesem Hause haben beschlossen, diesmal nicht, wie herkömmlich, auf den Rechenschaftsbericht einzugehen, sondern sich mit der Verlesung einer Erklärung zu begnügen. Dieselbe lautet folgendermaßen: „Die Unterzeichneten erklären, daß sie keine Veranlassung finden, auf eine nähere Erörterung der vorgebrachten Gründe einzugehen, welche die königl. sächsische Regierung wegen der Erneuerung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend in der gegenwärtigen außerordentlichen Session dem Reichstag hat zugeben lassen, und zwar: 1) weil diese sogen. Gründe in der Haupthandlung eine theilweise wörtliche Wiederholung früherer ähnlicher Kundgebungen über denselben Gegenstand sind, welche die Unterzeichneten niemals als eine Rechtfertigung für die verbängten rigorosen, dem Rechtsgefühl widersprechenden Maßregeln anerkannten werden; 2) weil diese sogenannten Gründe, insofern sie neue Momente enthalten, sich in viel besserer, gründlicherer und wirksamerer Weise beleuchten lassen, wenn in der nächsten ordentlichen Session die Verlängerung des Ausnahmegesetzes vom 21. Oktober 1878 zur Berathung kommt; 3) weil dies nach Ansicht der Unterzeichneten auch die beste Gelegenheit ist, die auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes wider eine Anzahl ihrer Parteigenossen seitens der sächsischen Behörden angewandten Maßregeln in das rechte Licht zu setzen und sie gebührend zurückzuweisen.“

Im Uebrigen konstatiren die Unterzeichneten mit großer Genugthuung, daß der Inhalt dieser angeblichen Rechtfertigungsschrift unwiderleglich darthut, wie sehr der über Leipzig und Umgegend verhängte Ausnahmestatut, trotz seiner nun schon mehr als zweijährigen Dauer, die von der königl. sächsischen Regierung beabsichtigte Wirkung verfehlt hat, in wie böhem Maße die sozialistische Bewegung in und um Leipzig aus der wider sie in Szenen gesetzten Verfolgung neue Nahrung gefogen hat, und wie sie heute intensiver ist, als je vorher. Die sächsische Regierung muß wider ihren Willen dieselbe Wirkung ihrer Ausnahmemaßregeln zugeben, welche der im März d. J. zu Kopenhagen stattgehabte Kongress der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkannt hat, indem er den Parteigenossen in Leipzig und Umgegend gleichwie denen in den Belagerungszustandsgebieten von Berlin nach Hamburg seine volle Anerkennung für sie die vortreffliche Haltung, ausgesprochen hat, durch die sie die Unterdrückungsmaßregeln der Regierungen wirkungslos gemacht haben.

Berlin, den 1. September. Bebel, Blos, Dies, Frohme, Geiser, Grillenberger, Hasenclever, Kaiser, Krämer, Liebnecht, Rittinghausen, Stolle, v. Böllmar.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe zu erklären, daß lediglich die Rücksicht auf die Geschäftslage des hohen Hauses es ist, welche die Vertreter der verbündeten Regierungen veranlaßt, diejenigen Bemerkungen zurückzuhalten, zu denen die oben gehörte Erklärung der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sonst Veranlassung gegeben hätte. (Bravo!)

Ohne weitere Debatte wird ausgesprochen, daß durch die vorgelegte Denkschrift den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geleistet ist. Damit ist die Tagesordnung eröffnet.

Abg. Graf v. Moltke: M. H., die Kürze der Session kann uns nicht davon abhalten, daß wir dem Herrn Präsidenten unseres Danft aussprechen für seine umstättige und unparteiische Leitung der Verhandlungen, und ich bitte Sie, sich zum Zeichen Ihres Einverständnisses von Ihren Sätzen zu erheben. (Gejubelt unter Bravo!)

Präf. v. Leyerow: M. H., die Kürze unseres Zusammenseins hat den Dank nicht beeinträchtigt, welche ich Ihrer Unterstützung und den Worten des hochverehrten Herrn Alterspräsidenten schulde. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich zugleich meinen Herren Kollegen im Bureau, den Vizepräsidenten und Schriftführern, Dank abstelle. (Bravo!)

Staatsminister v. Bötticher: Ich habe dem hohen Hause eine allerhöchste Botschaft zu verlunden. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.) Dieselbe lautet: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß wir Unseren Staatssekretär, Staatsminister v. Bötticher ermächtigt haben, gemäß Art. 12 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 1. September 1883 zu schließen. Urkundlich von Ihnen.“

Gegeben Berlin, den 31. August 1883. Gez. Wilhelm. Gegengez. v. Bötticher.“

Auf Grund der mir in dieser Botschaft ertheilten Allerhöchsten Ermächtigung erläutere ich die gegenwärtige Session des Reichstags für geschlossen. Ich habe die Ehre, die Allerhöchste Ermächtigung dem Herrn Präsidenten des Hauses zu überreichen.

Präf. v. Leyerow: M. H., ob nach langem oder nach kurzem Zusammensein, der Ruf der Liebe und Treue ist niets derselbe, es ist der Ruf: Se. Majestät der Kaiser, König Wilhelm von Preußen. Er lebe hoch! (Die Mitglieder des Reichstags erheben sich von den Sitzen und stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Schluß 3 Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 2. September. „Die ländliche Bevölkerung in Liebenwerda-Torgau,“ schreibt die „Kreuz-Ztg.,“ wird die Thatsache nicht übersehen, daß die Sezessionisten gegen die Regierung daraus einen schweren Vorwurf hergeleitet, daß sie die Wahl nicht zu einer Zeit hat abhalten lassen wollen, als die Bewohner des platten Landes durch elementare Ereignisse verhindert waren, ihr Wahlrecht auszuüben.“ Es fragt sich nur, was die Wähler in Liebenwerda-Torgau zu der Behauptung des Ministers v. Puttkamer sagen werden, der Regierungs-Präsident in Merseburg habe die Aufhebung des Wahltermins versucht, weil in der Elbgegend die in diesem Jahre besonders bedeutungsvolle Heu-Ernte durch eintretendes Hochwasser gefährdet gewesen sei. Als die „Nordd. Allg. Ztg.“ im Juni die Aufhebung des Wahltermins meldete, fügte sie zur Rechtfertigung dieser Maßregel hinzu, in Folge der langen Dürre würden die Erntearbeiten schon vor dem 5. Juli beginnen müssen. Die Wähler von Liebenwerda-Torgau werden in der sorgfältigen Berücksichtigung möglicher, wenn auch nicht wirklich eingetretener „elementarer Ereignisse“ — gleichviel ob Überschwemmung oder Dürre — seitens der Regierung den Beweis dafür sehen, welch großen Werth dieselbe auf die möglichst ausnahmslose Beteiligung derselben an der Reichstagswahl legt. Herr v. Puttkamer hat gegen die Wahl des Kandidaten der Liberalen, Justizrat Dr. Horwitz, so wenig etwas einzuwenden, daß, wie er im Reichstage behauptete, die Verlegung des Wahltermins wesentlich durch die gelegentliche Bemerkung des „Deutschen Reichsblattes“ veranlaßt worden ist, der 5. Juli sei der möglichst ungünstigste Wahltag. Die liberalen Wähler werden hoffentlich ohne Ausnahme den neuen günstigen Termin benutzen, um dem Minister durch die Wahl des Herrn Dr. Horwitz ihren Dank abzustatten.

— Der Reichstag tritt zu seiner nächsten ordentlichen Session erst im Februar wieder zusammen. Wie man sagt, liegt der Grund für diese späte Berufung darin, daß an den sozialpolitischen Vorlagen, welche den Arbeitsinhalt der nächsten Session bilden sollen, noch nicht viel, es wird selbst behauptet, gar nichts gethan sei.

Großdörfel, 1. September. Heute früh 9 Uhr fand in der Schlosskapelle das erste Seelenamt für Graf Chambord statt in Anwesenheit des Herzog Carl Ludwig sowie anderer Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses, des Herzogs von Braganza und zahlreicher Mitglieder der österreichischen Aristokratie. Muntius Vanutelli zelebrierte.

Bad Gastein, 1. September. Der deutsche Reichskanzler, Fürst von Bismarck, ist mit seiner Gemahlin und seinem Sohne, dem Grafen Herbert Bismarck, heute Nachmittag hier eingetroffen.

Agram, 1. September. Der Ministerialrat David ist nach Pest abgereist und dürfte nicht mehr hierher zurückkehren. Die Uhr in Zagorien nehmen zu. In Krupina fand ein Zusammenstoß statt, wobei ein Bauer getötet, 3 verwundet und 14 verhaftet wurden. Es wurde militärische Verstärkung dorthin entsandt.

Bern, 1. September. Der Auslieferungsvortrag zwischen der Schweiz und Spanien ist hier unterzeichnet worden. Das ursprüngliche Verlangen der spanischen Regierung, den Königsorden nicht als politisches Verbrechen zu betrachten, wurde von dem Bundesrat abgelehnt und später seitens Spaniens aufgegeben.

Paris, 1. September. Ein amtliches Telegramm aus Tamatave vom 26. August bestätigt, daß die Königin der Hova's am 13. Juli gestorben ist. Die Nichte derselben hat als Königin Ranavalona III. die Herrschaft angetreten. Der Premierminister bleibt auch ferner im Amt. — Einer Depesche aus Hanoi folge hat der König von Annam sich verpflichtet, nicht mehr direkt mit dem Kaiser von China zu korrespondieren. — Der König von Spanien wird am 6. d. Mts. hier erwartet. — Der Kriegsminister Thibaudin hat seine Reise nach der Alpengrenze in Folge Inanspruchnahme durch anderweitige zahlreiche Arbeiten auf unbestimmte Zeit verschoben.

Paris, 31. August. Das „Journal des Débats“ bemerkt zu dem gestrigen Artikel des „Nordd. Allg. Ztg.“, den das Blatt für eine Abschwächung des ersten Artikels hält, die Frankreich gemachten Beschuldigungen seien nicht gerechtfertigt, ebensoviel könne man den Versuch, die Verantwortlichkeit für das Auftreten Antoine's auf die französische Presse zurückzuführen, ernst nehmend. Was die Reihe des französischen Kriegsministers anbelange, so sei das geradezu sonderbar, man mache dem Minister einen Vorwurf daraus, daß er die Festungen an der Grenze besucht, während GFM. v. Moltke doch vor Kurzem die französisch-italienische Grenze besucht habe. Die französische Regierung habe niemals daran gedacht, einen Kredit von 7 Millionen für eine Mobilisierung zu fordern. Schließlich spricht das „Journal des Débats“ die Hoffnung aus, die Erklärungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ würden der internationalen Polemik ein Ziel setzen, deren Nutzen ein sehr bestreitbar sei. — Der „Télégraphe“ erklärt das Gerücht, daß der chinesische Gesandte Tieng durch einen anderen Gesandten ersetzt werden solle, für unbegründet.

Petersburg, 1. September. Der russische „Invalide“ veröffentlicht eine Verordnung, nach welcher die Posten der Gehilfen der Artilleriechef in den Militärbezirken Petersburg, Wilna, Warschau, Kiew, Charlow und Moskau aufgehoben und einige andere Erspartungen in den Eiats der Beamten der Bezirks-Artillerieverwaltungen vorgenommen werden sollen. — Anlässlich des Ablebens des Grafen Chambord ist eine fünftägige Hofstrauer abgestohlen worden.

## Sedanfeier.

Breslau, 2. September. Nachdem der Sedantag bereits gestern durch eine Vorfeier festlich begangen worden, und namentlich der Fackelzug der Turner trob schwerer Gewitter und strömenden Regens zur imposanten Ausführung gelangt war, ist heute die Stadt aufs Reichste mit Flaggen geschmückt. Nachmittags finden in allen größeren öffentlichen Etablissements und Gärten Festkonzerte statt. Die öffentlichen Denkmäler und Fontänen, welche ebenfalls reich geschmückt sind, werden am Abend festlich beleuchtet werden. Zur Einleitung des Festes werden Mittags 12 Uhr vom Rathausthurme Choräle und patriotische Weisen ertönen.

Leipzig, 2. September. Auch hier wurde der Sedantag auf das Glänzendste begangen. Gestern Abend fand am Napoleonstein eine Vorfeier statt, wobei Feuerwerke angezündet und patriotische Sänge vorgetragen wurden. Der Polizeidirektor hielt die Festrede. Daran schloß sich ein Festkonzert im Kynastpalast. Heute früh erklang ein Werk in den prächtig geschmückten Straßen, um 10 Uhr war Festgottesdienst, von 11 bis 12 Uhr spielten Kapellen auf sämtlichen Plätzen der Stadt. Um 2 Uhr Nachmittags erfolgte der Abmarsch des Festzuges nach dem Marktplatz. 12 Kapellen, gegen 50 Vereine mit etwa 8000 Personen nahmen am Zuge Theil. Als derselbe auf dem Marktplatz angelangt war, hielt der Konsistor Professor Richter eine Ansprache, welcher das Ab singen eines patriotischen Liedes folgte. Als dann bewegte sich der Zug nach dem neuen Schlittenhaus. Sämtliche Plätze der Stadt werden heute Abend glänzend illuminiert.

Bremen, 2. September. Die hierfür bestimmtste Feier nimmt, vom Wetter begünstigt, unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung, einen glänzenden Verlauf. Auf dem Marktplatz, wo Pastor Schenkel vor dem Rathause die Festrede hielt, hatten die Behörden, die Korporationen und der zur Feier des Tages arrangierte Festzug Aufstellung genommen. Die Festfeier schloß mit einem von der dicht gedrängten, den ganzen Platz einnehmenden Menschenmenge jubelnd aufgenommenen Hoch auf Kaiser und Reich. Von hier aus setzte sich der Festzug unter Glöckengeläute und Kanonenadmonter nach dem Kriegerdenkmal in Bewegung. Am Nachmittage findet Festessen und Volksfest auf dem Schlittenhof statt.

Dresden, 2. September. Zur Feier des Sedantages, welcher von den Schulen schon gestern festlich begangen wurde, prangen heute alle königlichen und Staatsgebäude, sowie zahlreiche Privathäuser in reichem Flaggenschmuck. Mittags wird Festmusik auf dem Alten Markt, am Abend eine feierliche Beleuchtung der öffentlichen Plätze stattfinden.

München, 2. September. Die Feier des Sedanfestes wurde hier durch eine Morgenmusik vom Balkon des Rathauses eingeleitet. Sämtliche städtische, verschiedene andere öffentliche, sowie zahlreiche Privatgebäude waren bestellt, besonders zeichnete sich die Nachbarschaft des Rathauses aus. Am Abend werden in einer großen Reihe von Vergnügungslokalen besondere Festlichkeiten seitens der verschiedenen Vereine veranstaltet.

Freiburg, 2. September. Böllerläufe und Glöckengeläute verkündeten den Anbruch des Sedantages, dessen Feier vom Magistrat angeordnet war. Die Stadt prangt im Flaggenschmuck, auch die umliegenden Städte und Ortschaften begehen den Tag in feierlicher Weise. Gestern Abend fand hier zur Vorfeier ein Festkonzert statt, bei welchem sämtliche hierfür bestimmtste Gesangsvereine mitwirkten. Landgerichtsdirektor Rieger hielt die Festrede, welche sich über die Bedeutung des Hohenzollernhauses für Deutschland verbreitete.

## Vorlaues und Provinzielles.

Posen, 3. September.

— Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten Herr v. Gosler hat, wie man der „Germania“ mittheilt, an die höchsten Schulbehörden der Provinzen ... polnischer Bevölkerung ein Schreiben erlassen, in welchem den Schülern der höheren Lehranstalten (Lehrerseminare und Präparandenanstalten mit eingeschlossen) jede Beteiligung an der sogenannten Soziokseifeier, auch außerhalb der Schule unterfragt wird.

— Die Sedanfeier, welche von dem Posener Landwehrverein veranstaltet worden war, fand Sonntag, den 2. d. M., begünstigt von der schönen Witterung, unter außerordentlich starfer Beteiligung statt. Am Abende zwor war von dem Musikkorps des 46. Regiments und einem Militär-Tambourkorps ein großer Zapfenstreich ausgeführt worden, welcher 8 Uhr Abends begann und nach etwa einer Stunde sein Ende erreichte. Der Zug, an welchem sich die uniformirte Kompanie des Landwehrvereins unter Führung des Herrn v. Geisler beteiligte und welchem sich viele Tausende anschlossen, bewegte sich von dem Wilhelmsplatz durch die Berliner-, Mühlens-, St. Martins-, Berg-, Breslauer Straße, über den Alten Markt, durch die Wacker-, Gr. Gerber-, Breite Straße wieder über den Alten Markt, durch die Wacker-, Gr. Gerber-, Friedrich-, Lindenstraße zurück nach dem Wilhelmsplatz. In manchen Straßen, so besonders in der Breiten Straße, wurden während der Zug durch dieselbe ging, viele bengalische Flammen abgebrannt. Auf dem Wilhelmsplatz brachte nach dem Abendgebet der Musikkapelle Herr v. Geisler ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die zahlreiche Menge gebeisteert mit einstieß. — Am Sonnabend, dem Sedantage, wurde 6 Uhr Morgens in den Straßen der Stadt von dem erwähnten Musikkorps Revue geblasen, wobei sich der Zug ziemlich durch die nämlichen Straßen bewegte. Im Laufe des Vormittags wurden noch viele Privatgebäude mit Fahnen geschmückt, so daß die Stadt dadurch ein recht festliches Ansehen erhielt. — Nachmittags 3 Uhr trat der Landwehrverein am Bernhardinerplatz an und marschierte, nachdem die uniformirte Kompanie die Vereinsfahnen vom Aufbewahrungsort abgeholt hatte, durch die Straßen der Stadt nach dem zoologischen Garten. Der Zug wurde durch ein Trommlerkorps und das Musikkorps des 46. Regiments eröffnet; es folgten die uniformirte Kompanie und die Schützen-Kompanie des Landwehrvereins mit den beiden Fahnen des Vereins, ferner die Volksliedertafel, das Bötticher- und das Maler-gewerk und die Gewerkevereine mit Fahnen und Emblemen, und zahlreiche Mitglieder des Landwehrvereins mit ihren schwärzlichen Binden; der Zug bewegte sich von den Bernhardinerplätzen durch die Gr. Gerber-, Wasserstraße, über den Alten Markt, durch die Neuestraße, über den Wilhelmsplatz, durch die Berliner-, Mühlensstraße und das Berliner Thor nach dem zoologischen Garten hinaus, wo er, begleitet von vielen Tausenden, etwa 4 Uhr Nachmittags anfam.

Im zoologischen Garten, wo bei der prachtvollen Witterung viele Tausende versammelt waren, um mit dem Landwehrverein das Sedanfest zu feiern, waren von Ehrengästen auch Oberpräsident v. Günther, Generalmajor v. Below, Regierungspräsident v. Sommerfeld und Oberpostdirektor Tybusch anwesend. Zunächst wurde von der Musikkapelle des 46. Regiments unter Leitung des Kapellmeisters Thomas der Sedan Marsch von Saro und die Jubel-Ouverture von Flotow gespielt, worauf die Volksliedertafel und der Landwehr-Sängerchor gemeinsam, unter Leitung des Herrn Huch, den Beethoven'schen Männerchor „Die Himmel röhmen des Ewigen Ehre“ mit Orchesterbegleitung sangen. Herr Kahler hielt alsdann die schwungreiche Festrede in welcher er auf die Bedeutung des Sedantages als nationalen Gedenktages im Allgemeinen und im Besonderen in der Stadt Posen hinweist, wo der Landwehrverein seit dem Jahre 1880 das Erbe des Sedanvereins übernommen habe und mit Erfolg bemüht sei, den Sedantag als nationalen Gedenktag in unserer Stadt zu erhalten. Redner gedachte alsdann der siegreichen Schlachtentage des Jahres 1870, erinnerte an die in jenem glorreichen Kriege gefallenen Helden, misst

deren Wiederhall fand, worauf unter Begleitung der Musikkapelle das "Heil Dir im Siegeskrantz" gesungen wurde. Als dann sangen Landwehr-Sängerchor und Volksliedertafel einen Männerchor mit Orchester von Mettner: "Mein Kaiser Dir", ferner den "Waffentanz" von Kreuzer und die "Schlachthymne aus Nienzi" von R. Wagner mit Orchesterbegleitung. An diesen ersten Theil des Festes schlossen sich im hinteren Theile des Gartens große Polonaise und Tanz, Kinderspiele verschiedener Art und Steigen von Lustballons, während im vorderen Theile von der Militärmusik konzertirt wurde. Bei eintretender Dunkelheit wurde alsdann der Garten beleuchtet, und um 9½ Uhr Abends ein von Herrn E. Lauber arrangirtes sehr schönes Brillant-Feuerswerk mit patriotischen Tableau, welches den Kaiser darstellt, abgebrannt. Nach Zapfenspeis und Gebet erfolgte alsdann der Einmarsch und das Abbringen der Fahnen des Landwehrvereins nach dem Aufbewahrungsorte. Landwehr-Sängerchor und Volksliedertafel blieben später im Saale von Laubers Restaurant noch zu einem Tanzkranzchen beisammen. Der Männerturnverein hielt zur Feier des Tages eine gesellige Zusammensetzung nebst Tanzkranzchen im Reichsgarten ab, während der vaterländische Männergesangverein das Sedantfest im Lambert'schen Garten durch gesellige Zusammensetzung und Tanzkranzchen feierte.

**r. Zum Empfange des Prinzen Friedrich Karl,** welcher heute Nachmittags 5½ Uhr hier eintritt, sind die öffentlichen und viele Privatgebäude unserer Stadt mit Fahnen geschmückt.

## Telegraphische Nachrichten.

**Breslau,** 2. September. Se. K. Hoheit der Prinz Friedrich Karl ist heute Vormittag hier eingetroffen und nach einem kurzen Besuch bei dem General v. Tümpeling nach Brieg weiterreist.

**München,** 2. September. Der König hat dem General der Infanterie und Kommandeur des 1. preußischen Armeekorps, v. Gottberg, und dem Gouverneur von Straßburg, Generalleutnant v. Massow, das Großkreuz des Militär-Verdienstordens verliehen.

**München,** 1. September. Prinz Ludwig Ferdinand begibt sich heute im Auftrage des Königs nach Görz zur Theilnahme an der Leichenfeier für den Grafen Chambord.

**München,** 1. September. Durch einen königlichen Erlass werden die wegen der Bildung der Schulspiegel bestandenen Bestimmungen dahin geändert, daß künftig neben den räumlichen Verhältnissen in erster Linie die Konfession der Schulpflichtigen entscheidend sein sollen.

**Traunstein,** 1. September. Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz ist gestern Abend gegen 11 Uhr hier eingetroffen und feierlich empfangen worden. Die Stadt hatte illuminiert. Heute wohnte der Kronprinz mit dem Prinzen Luitpold den Manövern bei.

**Traunstein,** 2. September. Se. K. K. Hoheit der Kronprinz hat heute früh 7 Uhr Traunstein verlassen und sich nach Tegernsee begeben, um dasselbem dem Herzog Karl Theodor in Bayern einen Besuch zu machen. Gegen Abend erfolgt die Abreise über München nach Würzburg.

**Niels,** 1. September. Der Chef der Admiralität, General-Lieutenant v. Caprivi, ist heute Mittag nach Berlin zurückgekehrt.

**Straßburg,** 1. September. Der Statthalter v. Manteuffel ist heute zum Kurgebrauch nach Gastein abgereist.

**Wien,** 1. September. Wie der "Polit. Korresp." aus Madrid gemeldet wird, trifft der König von Spanien am 9. September hier ein und wird während seines achtägigen Aufenthalts in der Hofburg wohnen.

**Wien,** 2. September. Die Kronprinzessin Stefanie ist heute früh 7 Uhr 15 Min. glücklich von einer Tochter entbunden, Mutter und Kind befinden sich wohl. Die feierliche Taufe findet am 5. September Mittags 1 Uhr zu Laxenburg statt.

**Laxenburg,** 2. September. Der Kaiser ist von Wien hier eingetroffen. Der Bahnhof und der Ort sind mit Flaggen und Blumen feierlich geschmückt. In der Ortskirche wurde anlässlich der Geburt der Prinzessin ein Hochamt celebriert.

**Laxenburg,** 2. September. Die Kaiserin ist mit der Erzherzogin Valerie Nachmittags 1 Uhr von Mürzzuschlag hier eingetroffen. Dem Te Deum in der Ortskirche wohnten die Oberst-Hofmeister Prinz zu Hohenlohe und Graf Bombelles mit dem gesamten Hofstaat, sowie das Offizierkorps bei. Die Königin der Belgier besuchte die Messe in der Schlosskirche. Zu den ersten Personen, denen der Kronprinz Rudolf die Nachricht von der glücklichen Entbindung der Kronprinzessin sandte, gehörte Se. K. Hoheit der Prinz Wilhelm von Preußen.

**Alexandrien,** 1. September. In einem offiziellen Bericht ist festgestellt worden, daß seit dem Ausbruch der Cholera bis gestern im Ganzen 27,318 Personen an der Cholera gestorben sind. Von den englischen Truppen sind 140 Mann gestorben.

**Berlin,** 3. September. Sonntag Abend 9 Uhr 55 Min. fuhr der von Berlin kommende Kurierzug auf dem Bahnhof Steglitz durch eine Menschenmenge, welche mit dem von Steglitz abgehenden Personenzug nach Berlin zurückkehrte und von der verkehrten Seite in den Zug einzusteigen suchte; die Zahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest, wird aber auf einige Bierzig angegeben.

**Wien,** 3. September. Gestern Nachmittags um 3 Uhr brach in den großen Holzdepots der Rossauerlände ein großes Schadensfeuer aus. Die unerträgliche Hitze und der Sturmwind erschwerten die Löscharbeiten. Mehrere Häuser sind von den Flammen ergreift worden. Alle freiwillige Feuerwehren der Vororte sind zur Mitwirkung herbeigerufen worden. Zweihundert Genie-Soldaten demolirten die gefährdeten Objekte. Um zehn Uhr Nachts war der Brand wohl lokalisiert, doch der Feuerschein noch weithin überall sichtbar. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

**Paris,** 3. September. Der "Français" versichert, nachdem die Gräfin Chambord angeordnet, daß der Trauerzug durch die fremden Prinzen und die nächsten Verwandten des Grafen Chambord geführt werden solle, gehe der Graf von Paris nicht nach Görz. Die Führer der royalistischen Partei hätten den Grafen zu bewegen gesucht, nach Görz zu gehen und ihm versprochen, ihm den Platz zu verschaffen, auf den er Anrecht habe.

Der Graf beharrte aber auf seinem Entschluß, nicht nach Görz zu gehen. Die republikanischen Journale meinen, dieser Zwischenfall bedeute den Bruch zwischen den Royalisten und den Legitimisten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im September.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
1. Nachm. 2	745,7	W lebhaft	heiter	+26,9
1. Abends. 10	744,8	W mäßig	bedeckt	+22,2
2. Morgs. 6	745,4	SW schwach	trüb	+16,8
2. Nachm. 2	744,8	N schwach	heiter	+24,5
2. Abends. 10	741,5	O schwach	trüb	+21,0
3. Morgs. 6	744,3	NW lebhaft	bedeckt	+13,1

Am 1. Septbr. Wärme-Maximum: +28° Cels.

Wärme-Minimum: +12°

Wärme-Maximum: +25°

Wärme-Minimum: +12°

